Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 04. Dezember 2003 um 18.10 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Böhm
Stadtrat Dr. Küntzer
Stadtrat Rank
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadträtin Wallrapp
Stadtrat Weiglein

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Baier
2. Bürgermeisterin Gold
Stadtrat Heisel
Stadträtin Heisel
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene (bis Ziff. 7)
Stadtrat Jeschke
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister

UsW-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Ferenczy
Stadtrat Ley (bis 19.30 Uhr; Ziff. 4 Buchst. F)
Stadtrat Lorenz
Stadtrat Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt

FBW-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp

ÖDP-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

Berufsmäßige Stadträte: Stoppel

Rodamer
Groß

Berichterstatter: Amtsrat Hartner

Amtsrat Teichmann
Dipl.-Ing. Lepelmann
Dipl.-Ing. Rützel (Ziff. 2)

Protokollführerin: Verwaltungsfachwirtin Rose

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt Oberbürgermeister Moser bekannt, dass am 11.12.2003 eine weitere Stadtratssitzung stattfinden wird und der öffentliche Teil der heutigen Sitzung um 20.00 Uhr beendet wird.

Des weiteren weist er auf den Eilantrag von Stadtrat Dr. Küntzer hin, der sich auf den Zeitungsartikel bezüglich der Problematik S 1 Brunnen bezieht und Informationen aus nichtöffentlicher Sitzung enthält. Stadtrat Dr. Küntzer besteht darauf, dass Oberbürgermeister Moser nochmals deutlich auf die Verschwiegenheitspflicht der Stadtratsmitglieder hinweist und mit welchen Konsequenzen bei einem Verstoß zu rechnen ist. Er weist darauf hin, dass ein Verstoß nicht vorliegt, wenn der Grund für die Geheimhaltung weggefallen ist. Allerdings ist dies aus Sicht der Verwaltung nicht der Fall gewesen. Er betont, dass sowohl für die Stadt als auch für den Stadtrat ein Schaden entstanden ist. Er kann sich vorstellen, dass der Grund für diese Information vielleicht darin liegt, ein höheres Rechtsgut zu schützen, was allerdings bedeuten würde, dass die anderen dieses Rechtsgut nicht schützen möchten. Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel betont, dass ein Ordnungsgeld verhängt werden kann, wenn feststeht, wer gegen die Verschwiegenheitspflicht verstoßen hat. Stadtrat Müller ist empört über die Äußerung von Oberbürgermeister Moser. Er ist der Auffassung, dass er dadurch indirekt die Gegner des „Hammerstielweges“ angesprochen und indirekt behauptet hat, dass die Informationen aus den Reihen der UsW an die Öffentlichkeit getragen worden sind. Er sieht keinen Grund, die Gegner des „Hammerstielweges“ zu verdächtigen. Sie sind nicht gegen das Baugebiet sondern für die Erhaltung des S-1 Brunnens. Er weist auch darauf hin, dass im Antrag von Stadtrat Dr. Küntzer nur „... von einem oder mehreren Stadtratsmitgliedern...“ die Rede ist. Die Informationen hätten auch aus den Reihen der Verwaltung bzw. den anderen beteiligten Institutionen kommen können. Stadtrat Dr. Küntzer erinnert, dass in dem Presseartikel zu lesen gewesen ist, dass die Informationen nicht aus der Verwaltung stammen. Er findet es bedauerlich, dass trotz der Bitte der LKW Kitzingen die Angelegenheit nach außen getragen worden ist. Die Haftung liegt seiner Ansicht nach beim gesamten Stadtrat. Er spricht abschließend auch die Pflicht der Presse an, mit solchen Informationen sensibler umzugehen.

1. Sportlerehrung 2003

- Mit 29 : 0 Stimmen -

Mit den Vorschlägen des Stadtverbandes für Leibesübungen für die Sportlerehrung 2003 besteht Einverständnis.

2. Rathaus Kitzingen: Erneuerung des Aufzuges

A) Stadtrat Konrad betont, dass nicht nur Rollstuhlfahrer betroffen sind, sondern auch gehbehinderte Menschen. Diesen soll ermöglicht werden, ohne fremde Hilfe alle Büros im Rathaus zu erreichen.
Stadtrat Müller greift noch einmal die Aussage von Oberbürgermeister Moser in der vergangenen Finanzausschusssitzung auf, wonach ein Bürgerbüro nicht umsetzbar ist und deshalb auch nicht mehr von der Verwaltung favorisiert wird. Stadtrat Müller ist der Auffassung, dass aufgrund der fälligen Sanierung des Aufzuges, der Umbau in einen behindertengerechten Aufzug, der alle Ebenen des Rathauses erreicht, umgesetzt werden soll.

B) – Mit 24 : 5 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag

- der Ergänzung SG 62/Fo vom 27.03.2003, sowie
- den Lösungsansätzen mit Kostenschätzung SG 62/Rü-Roi vom 28.04.2003 wird Kenntnis genommen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Hinblick auf ein „behindertenfreundliches Rathaus“, die vom Finanzausschuss gewünschte Variante aus den Lösungsansätzen mit Kostenschätzung vom 28.04.2003 zu realisieren.

Gewünschte Variante 7 = behindertenfreundlicher Aufzug ohne Haltestelle in der Rathauhalle, mit Haltestelle im 1. und 2. Stockwerk Altbau für 181.500 €

3. Die für die gewünschte Variante erforderlichen Mittel in Höhe von 181.500 € werden auf der HH-Stelle 1.0600.9452 bereitgestellt.

4. Für die ebenfalls beschlossene

- Änderung des Haupteingangsbereiches
- Behinderten WC und Wickelaufgabe
- Modernisierung des Einwohnermeldebüros

werden auf der HH-Stelle 1.0600.9452 zusätzlich 61.500 € bereitgestellt. Darin enthalten sind ca. 7.000 € für die Zwischentüre von der Vermittlung zum Nebenraum.

3. Information von Oberbürgermeister Moser: Fachkraft für Arbeitssicherheit; Verlängerung des Betreuungsvertrages

Oberbürgermeister Moser teilt mit, dass dieser Punkt von der Tagesordnung genommen worden ist, da ein Angebot einer anderen Firma vorliegt, das zunächst noch überprüft werden muss.

4. Antrag der UsW-Fraktion vom 22.07.2003
„Maßnahmepaket zur Belebung der Innenstadt“

A) – Mit 19 : 10 Stimmen –

Dem Antrag auf Aussetzung der Stellplatzablässe für die nächsten 3 Jahre wird nicht zugestimmt. Es bleibt bei der bisherigen Regelung.

Dem Antrag auf drastische Reduzierung der Genehmigungsgebühren für Werbeanlagen in der Innenstadt wird nicht entsprochen; es bleibt bei der bisherigen Verwaltungspraxis.

- B) In Bezug auf den Teilantrag der UsW-Fraktion auf Erlass der Parkgebühren für die 1. Stunde, verliert Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel die Stellungnahme der Verwaltung. Er weist insbesondere darauf hin, dass in der Stadt Kitzingen erst ab 09.00 Uhr Parkgebühren erhoben werden und dass der Stadt Kitzingen ein enormer Einnahmeverlust entstehen würde.

Stadtrat Müller bittet die Verwaltung, sich mit der Stadt Volkach in Verbindung zu setzen, da dort die 1. Stunde gebührenfrei ist und der Gewerbeverein eine eigene Regelung getroffen hat.

Stadtrat Heisel kann sich dem Vorschlag der UsW anschließen, würde aber nur eine halbe Stunde vorsehen.

Diesem Vorschlag kann sich auch die UsW anschließen.

Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene befürwortet ebenfalls den Vorschlag von Stadtrat Heisel bzw. der UsW-Fraktion. Er kann sich aber vorstellen, die Gebühr ab der zweiten halben Stunde spürbar anzuheben. Er bittet, auch dieses Modell zu überdenken.

Oberbürgermeister Moser stellt klar, dass die gebührenfreie Zeit von einer halben Stunde unabhängig vom Zeitpunkt der Parkscheinlösung gilt.

Stadtrat Heisel besteht allerdings darauf, dass diese Maßnahme ohne Umstellung der Parkscheinautomaten vollzogen werden soll, um zusätzliche Kosten der Automatenumstellung zu vermeiden. Die freie halbe Stunde könne seines Erachtens mit der Parkscheibe kenntlich gemacht werden.

Aufgrund einer weiteren Diskussion schlägt Oberbürgermeister Moser vor, den Punkt zurückzustellen und in der kommenden Sitzung darüber abzustimmen. Bis dahin werden noch Erkundigungen von der Stadt Volkach eingeholt und auch die entsprechenden Kosten vorgelegt.

Hiermit besteht Einverständnis.

Der Oberbürgermeister unterbricht die öffentliche Sitzung von 18.08 Uhr bis 18.15 Uhr.

- C) Nun geht Dipl.-Ing. Lepelmann auf den Punkt „Überprüfung der Gestaltungssatzung und Werbeanlagensatzung“ ein. Er gibt die Stellungnahme der Verwaltung hierzu wieder. Bezüglich der Gestaltungssatzung plädiert die Verwaltung für die Beibehaltung, während sie eine Änderung der Werbeanlagensatzung durchaus zustimmen könnte. Diesbezüglich erläutert Dipl.-Ing. Lepelmann die möglichen Varianten.
Stadtrat Müller geht näher auf den Antrag der UsW-Fraktion ein.

D) – Mit 29 : 0 Stimmen –

Dem Antrag von Stadtrat Dr. Küntzer auf Schließung der Rednerliste wird zugestimmt.

- E) Stadträtin Wallrapp regt an, dass sich die Verwaltung bis Februar 2004 Zeit nehmen soll, um die beiden Satzungen zu überarbeiten und abzuändern.
2. Bgmin. Gold kann dem zustimmen, besteht aber darauf, dass das Thema Mobilfunk unverzüglich in die Gestaltungssatzung aufgenommen werden soll und bittet um Abstimmung hierüber und Beschluss in der kommenden Sitzung.

F) – Mit 28 : 0 Stimmen –

Dem Antrag von 2. Bgmin. Gold wird zugestimmt. Die Verwaltung wird das Thema „Mobilfunk“ in die Gestaltungssatzung einbinden und in der kommenden Stadtratssitzung darüber Beschluss fassen lassen.

G) – Mit 28 : 0 Stimmen –

In der kommenden Stadtratssitzung wird über das Thema „Mobilfunk“ in Verbindung mit der Gestaltungssatzung abgestimmt. Die restlichen Punkte der Gestaltungssatzung werden in einer Sitzung nach den Haushaltsberatungen diskutiert. Die Fraktionen bzw. Gruppen können bis März 2004 Vorschläge hierzu einbringen.

5. Beschwerde von Stadträtin Schmidt:

Beschlüsse des Finanzausschusses zum Stadtratsbeschluss erhoben (Anträge der UsW-Fraktion)

Stadträtin Schmidt bemängelt, dass zwei Punkte des Antrages der UsW-Fraktion im Finanzausschuss behandelt und auch beschlossen worden sind und in der heutigen Stadtratssitzung zu Stadtratsbeschlüssen erhoben worden sind. Sie bittet um Überprüfung, ob diese Vorgehensweise rechtmäßig ist, da ihrer Auffassung nach diese Punkte eine Stadtratsangelegenheit sind und auch im Stadtrat zu beraten sind und nicht nur im Finanzausschuss.

Berufsmäßiger Stadtrat Stoppel erwidert direkt, dass der Finanzausschuss vorberatend tätig geworden und im Stadtrat beraten und beschlossen worden ist.

6. B-Plan Nr. 87 „Unterer Hammerstielweg“

Billigung des Entwurfes (Fassung vom 14.11.2003)
Auslegungsbeschluss

- A) Berufsmäßiger Stadtrat Groß berichtet zunächst über den bisherigen Sachstand und das Gespräch mit dem Wasserwirtschaftsamt und der LKW am 03.12.2003.
Stadtrat Schardt, Stadtentwicklungsreferent, stellt fest, dass der S 1 Brunnen für die Wasserversorgung der Stadt Kitzingen sehr wichtig ist. Allerdings hat er keine Bedenken bezüglich der Erweiterung des Baugebietes Hammerstiel und befürwortet den Vorschlag der Verwaltung.

B) Stellungnahme der Stadtratsfraktionen

a) CSU-Stadtratsfraktion

Die CSU-Fraktion erinnert zunächst an die bisherigen Beschlüsse in Bezug auf das Baugebiet in Nähe des S 1 Brunnens. Sie ist überzeugt, dass bis 2012 ein Ersatz für den S 1 Brunnen gefunden wird und sagt ihre Unterstützung zu. Sie befürwortet den Vorschlag der Verwaltung.

b) SPD-Stadtratsfraktion

Die SPD ist der Auffassung, dass die Erweiterung des Baugebietes Hammerstiel weiter verfolgt werden muss. Die Erschließung sollte ihrer Meinung nach erfolgen,

sobald ein Ersatz für den S 1 Brunnen gefunden worden ist. Die SPD stellt aber auch klar, dass die SPD gegen die Erweiterung stimmen wird, sollte kein Ersatz gefunden werden.

c) UsW-Stadtratsfraktion

Die UsW kann den Vorrednern grundsätzlich zustimmen. Sie bemängelt aber, dass der Stadtrat über das seit 1998 vorliegende Gutachten beim Kauf der Grundstücke nicht informiert worden ist.

Erst wenn eine alternative Wasserversorgung gesichert ist, kann die UsW zustimmen.

d) FBW-Stadtratsgruppe

Die FBW ist sich ebenfalls bewusst, dass das Trinkwasser des S 1 Brunnens sehr wertvoll ist. Aus Sicht der FBW steht einer Ausweisung des Baugebiets nichts im Wege, wenn ein Ersatz für den S 1 Brunnen gefunden worden ist. Sie ist auch der Meinung, dass das Wasser durch das Baugebiet nicht schlechter wird.

e) KIK-Stadtratsgruppe

Auch die KIK bemängelt, dass der Stadtrat nicht richtig unterrichtet worden ist. Wenn die Informationen von Anfang an weitergegeben worden wären, wäre die Entscheidung hinsichtlich des Baugebiets anders ausgefallen. Sie sind gegen eine Erweiterung.

f) ÖDP-Stadtratsgruppe

Stadträtin Schmidt bemängelt, dass die Fraktionen bzw. Gruppen nicht an den Gesprächen mit dem Wasserwirtschaftsamt und der LKW beteiligt worden sind und dass die Transparenz nicht gewahrt worden ist. Sie ist der Auffassung, dass Bauplätze geschaffen werden müssen. Sie spricht sich gegen den Vorschlag der Verwaltung aus.

C) Stadtrat Dr. Küntzer bittet um Klarstellung, wo genau sich der S 1 Brunnen befindet und welche Bebauung dort bereits vorhanden ist.

Auch Stadtrat Mahlmeister weist noch einmal darauf hin, dass der S 1 Brunnen in einem Gebiet liegt, das schon sehr belastet ist aufgrund der dortigen Bebauung. Seiner Meinung nach hätten die zuständigen Einrichtungen schon längst so reagieren müssen, wie sie es jetzt tun. Dies sei allerdings nie gemacht worden.

Oberbürgermeister Moser macht das Vorgehen der Verwaltung noch einmal deutlich: Es soll lediglich die Planung weiterverfolgt werden. Erst wenn alle Voraussetzungen bezüglich der Schaffung einer Alternative für den S 1 Brunnen vorliegen, werden die Planungen umgesetzt.

Herr Wick macht noch einmal deutlich, dass die LKW optimistisch ist, einen Ersatz zu finden. Der Vorschlag ist seiner Meinung nach ein guter Kompromiss, mit dem die LKW einverstanden ist. Die Planungen können umgesetzt werden, wenn ein Ersatzbrunnen gefunden, ausgebaut und die Wasserquantität/-qualität optimal und eine Verbindung zum Wassernetz vorgenommen worden ist. Er betont aber, dass dadurch noch kein Wasserschutzgebiet ausgewiesen ist.

D) – Mit 19 : 9 Stimmen –

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung – SG 61 – wird Kenntnis genommen.
2. Die vorgezogene Bürgerbeteiligung wird gem. § 3 BauGB durchgeführt.
3. Für den Brunnen S 1 ist ein in Menge und Qualität ausreichender, betriebsbereiter Ersatzbrunnen erstellt.
Die notwendigen technischen Ergänzungsmaßnahmen zur Nutzung des Brunnens sind hergestellt.
Die notwendigen wasserrechtlichen Fragen der Grundwasserentnahme sowie der Ausweisung eines Schutzgebietes für diesen Ersatzbrunnen sind mit der Wasserrechtsbehörde und den zuständigen Fachbehörden abgestimmt. Erst dann ist mit der Umsetzung der Planung zu beginnen.
4. Es besteht Einverständnis, den Bebauungsplan Nr. 87 „Unterer Hammerstielweg“ i.d. F. vom 14.11.03 sowie den Grünordnungsplan i.d. F. v. 14.11.03 gem. § 3 Abs. 2 BauGB auszulegen und die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gem. § 4 BauGB durchzuführen.
5. Die Ergebnisse sind dem Stadtrat baldmöglichst zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.

7. Anfragen von Stadträtin Wallrapp:

Öffnungszeiten Bahnpost, Abrechnung Erschließungskosten

Stadträtin Wallrapp will zunächst wissen, ob Oberbürgermeister Moser mit der Post bezüglich der Öffnungszeiten der Bahnpost gesprochen hat.

Oberbürgermeister Moser erwidert, dass Gespräche geführt worden sind, die Post aber immer wieder auf die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit hingewiesen hat.

Stadträtin Richter bemängelt in diesem Zusammenhang die katastrophalen Zustände bei der Postagentur im Kaufhaus Storg.

Stadträtin Wallrapp erinnert nun an ihr Schreiben bezüglich der Abrechnung der Erschließungskosten. Sie gibt sich mit der Antwort von Oberbürgermeister Moser, auf den Prüfungsbericht zu warten, nicht zufrieden. Sie möchte nicht so lange warten, da sie Bedenken hat, dass der Abrechnungszeitraum dann zu Ende ist und nichts mehr unternommen werden kann. Sie besteht darauf, dass bis zu kommenden Stadtratssitzung Informationen über die Abrechnung der Erschließungsbeiträge vorgelegt werden.

Oberbürgermeister Moser sagt zu, nochmals darauf hinzuweisen.

Der Oberbürgermeister schließt die öffentliche Sitzung um 20.23 Uhr.

Oberbürgermeister
gez.
Moser

Protokollführerin
gez.
Rose